

Seeuferweg ist Chance für die Gemeinden

Jetzt kommt endlich der durchgehende Uferweg rund um den Zürichsee. Oder doch nicht? 4 Millionen Franken will der Kanton Zürich jährlich für Projekte einsetzen, die der Bevölkerung den Zugang zum Zürichsee ermöglichen sollen. Zumindest wenn solche Projekte konkret sind, wie gestern zu erfahren war. Dazu kommen Beiträge der Standortgemeinden in der Höhe von 20 Prozent, wenn Abschnitte realisiert werden. Der Gegenvorschlag des Kantonsrats geht nicht so weit wie die Initiative «Zürichsee für alle». Er ist ein klassischer Kompromiss. Das passt erwartungsgemäss nicht allen.

Vor allem die Gemeinden im Bezirk –Meilen können mit dem durchgehenden Seeuferweg nichts anfangen. Das ist nicht verwunderlich. Ein Grossteil des Landes in Ufernähe ist in Privatbesitz. Viele, die direkt am Zürichsee wohnen, zählen zu den besseren Steuerzahlern. Dass die Gemeinderäte wenig Interesse haben, diese Einwohner zu verärgern, liegt auf der Hand. Darum ist die Formulierung, dass nur wenn keine andere Wegführung möglich ist, Land enteignet werden darf, der richtige Weg. Noch ist dies nicht verankert. Im bürgerlich do-

Leitartikel



Pascal Jäggi
Reporter

minierten Kantonsrat wird der Passus aber problemlos durchkommen. Die Ufer des Zürichsees sind lang. Es wäre schön, den Ufern entlangzuflanieren oder zu wandern. Durch die Gärten der Hausbesitzer muss der Weg aber nicht gehen.

Aufatmen können die Landbesitzer in einem Punkt. Dass der Kanton Zürich für das aufgeschüttete Land am See, sogenanntes Konzessionsland, eine eigene Rechtsprechung verwendet, hat das Bundesgericht vor drei Jahren abgelehnt. Der Kanton hat nun bezüglich Konzessionsland nicht mehr Rechte als bei ande-

ren Privatgrundstücken. Diesen Anspruch hatte er daraus abgeleitet, dass das Land vom Kanton aufgeschüttet und an Private abgegeben wurde. Der grösste Teil des Landes am Zürichsee ist Konzessionsland. Dieses Urteil hatte Signalwirkung gegen vereinfachte Enteignungen. Die Gemeinden haben dies sicher zur Kenntnis genommen. Doch sie sollten sich auch für attraktive Seeufer einsetzen. Die neue Regelung gibt ihnen diese Möglichkeit.

Die Exekutiven müssen Hand bieten, wo eine attraktive Seeufergestaltung möglich ist. Ein Pilotprojekt könnte die Chemie Uetikon werden. Die Ausgangslage ist perfekt. Einen Teil des Landes übernimmt der Kanton für den Bau des neuen Gymnasiums, die andere Hälfte will die Gemeinde kaufen. Für Uetikon, laut «Weltwoche» immerhin die lebenswerteste Gemeinde der Schweiz, ist die Chance einmalig.

Denn: Lebenswert oder nicht, bisher blieb den Uetikern der Seezugang mit Ausnahme des Schiffstegs und des winzigen Strandbads verwehrt. Jetzt winkt nicht nur der durchgehende Seezugang, ein Seeuferweg könnte auf der ganzen

Länge des Gemeindegebiets am Wasser entstehen. Der Kanton dürfte auf seinem Teil des Areals einen offenen Zugang zum See bevorzugen. Da wäre es sinnvoll, wenn die Gemeinde mitzieht. Uetikon muss sowieso einen Teil der Kosten übernehmen. Es bietet sich an, eigene Vorschläge einzubringen und der Bevölkerung etwas zu bieten. Neben dem Gemeinderat sollten Parteien und Interessenverbände bei der Projektierung involviert werden. Auch Meilen kann die Chance auf dem Areal der Kibag nutzen, sollte der geplante Tausch an der Gemeindeversammlung durchkommen.

Das Beispiel des Seeuferwegs in Richterswil und Wädenswil kann als Vorbild dienen. Nicht überall bietet es sich an, einen Steg im Wasser zu erstellen. Doch gerade wo die Uferzugänge mehrheitlich in Privatbesitz sind, kann ein Steg den Konflikt mit den Privaten lösen. Auch hier gilt es, nicht einseitig die Interessen der Grundbesitzer zu berücksichtigen. Das negative Beispiel ist Rorschacherberg am Bodensee. Der geplante Steg lag so weit vom Ufer entfernt, dass er in der Volksabstimmung mit 78 Prozent Nein-Stimmen durchgefallen ist.

Anlässe

RÜSCHLIKON

Gespräch mit politischen Frauen

Im Zentrum der Jubiläumsfeierlichkeiten des Gemeinnützigen Frauenvereins Rüschtikon steht die ganzjährige Ausstellung im Ortsmuseum. Im Rahmen dieser ist das Ortsmuseum am Samstag, 30. April, von 11 bis 13 Uhr geöffnet. Gleichzeitig findet von 11 bis 12 Uhr ein Podiumsgespräch mit dem Titel «Frauen mit Stimme» im Hotel Belvoir statt. Die langjährige SRF-Journalistin Arabella Frey unterhält sich mit Alt-Stadträtin Katrin Martelli, Alt-Gemeindepräsidentin Brigitte Gürtler und Claudia Mäder, Historikerin und Redaktorin der «NZZ am Sonntag». Im Anschluss wird die Ausstellung im Ortsmuseum besucht, wo der Frauenverein einen Apéro offeriert. e

Podiumsgespräch: Samstag, 30. April, 11 bis 12 Uhr, Hotel Belvoir, Säumerstrasse 37, Rüschtikon. Ausstellung: Samstag, 30. April, 10 bis 13 Uhr, Ortsmuseum, Nidelbadstrasse 58, Rüschtikon.

Ungetrübte Badefreude – trotz Altlasten am und im See

THALWIL Der Verdacht bestätigt sich: Sowohl die kleine Seeanlage Gerbi als auch die grössere Farb sind durch Altlasten belastet. Das Badevergnügen sei trotzdem uneingeschränkt.

Thalwil hat eine bedeutende industrielle Vergangenheit. Diese hinterlässt ihre Spuren, bis heute. Verschiedene Betriebe waren früher direkt am See angesiedelt. Deren Gelände müssen heute auf Schadstoffe untersucht werden. Deshalb hat der Kanton auch die Thalwiler Seeanlagen besonders im Fokus. Und der Verdacht bestätigt sich einmal mehr: Sowohl am ehemaligen Gerbereistandort Gerbi als auch am ehemaligen Färbereistandort Farb finden sich Belastungen, die auf die jeweilige Produktion zurückzuführen sind. Dies teilt die Baudirektion des Kantons Zürich mit. Das haben entsprechende Untersuchungen des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) ergeben.

Ganz abgeschlossen sind die Untersuchungen noch nicht. Aber die ersten Resultate sind positiv für die Gemeinde Thalwil. Denn die Belastungen sind zwar im Untergrund vorhanden, aber bei beiden Anlagen besteht zurzeit weder an Land noch am See-Grund Handlungsbedarf. Bettina Flury, Projektleiterin des Awel, sagt im Hinblick auf die bevorstehende Badesaison: «Beide Anlagen können völlig bedenkenlos genutzt werden, es gibt weder bezüglich Baden im See noch Sän- dele am Ufer oder Spielen auf der Wiese eine Einschränkung. Ich selbst würde mit meinen kleinen Kindern hingehen.»

Auch das Grundwasser ist belastet

Auf dem Gebiet der heutigen Seeanlage Gerbi produzierte von 1838 bis 1970 eine Gerberei. 1975/76 wurden die Fabrikgebäude abgebrochen und der Bauschutt zur Gestaltung der Anlage verwendet. Eine Voruntersuchung im Jahr 2014 hat ergeben, dass der Untergrund stark mit gerbetypischen Stoffen belastet und der Standort sanierungsbedürftig ist. Der darüber liegende Boden, also die Wiese, ist sauber.



Es lächelt der See, er ladet zum Bade: Zwar sind Altlasten der ehemaligen Gerberei nachweisbar, doch Baden, Spielen und Sünnele in der Gerbi sind unbedenklich.

Manuela Matt

Viel sei nicht bekannt über die Produktionsweise der Gerberei, wahrscheinlich habe es Gerbefässer gegeben, in denen Felle eingeweicht worden seien. Bettina Flury sagt: «Zu dieser Zeit sind Produktionsabfälle oft als Flüssigkeiten in den Boden versickert oder in fester Form vergraben worden.»

Die detaillierte Untersuchung des Gerbi-Areals vom vergangenen Winter habe ergeben, dass die starken Belastungen nur sehr lokal seien. Aufhorchen lässt, dass auch das Grundwasser belastet ist. «Das Grundwasser fliesst zum Teil durch belasteten Untergrund, sodass die Schadstoffe sich lösen», erklärt Bettina Flury. Grundwasser sei ein Schutzgut. «Aber dieses Grundwasser wird nicht zur Trinkwassergewinnung verwendet», beru-

higt Bettina Flury. Und auch wenn es diese Schadstoffe in den See schwemmen sollte, bestehe keine Gefahr: «Die Schadstoffe würden im See sofort extrem verdünnt, es sind keine erhöhten Schadstoffgehalte nachweisbar», sagt die Projektleiterin.

Die Liegewiese muss nicht saniert werden

Gar nicht belastet seien die Seesedimente im Uferbereich. Und die punktuelle Schadstoffbelastung weiter draussen im See stelle keine Gefahr für Mensch und Umwelt dar. «Die Seeanlage kann bedenkenlos genutzt werden», resümiert Bettina Flury. Ob der einst Sanierungsmassnahmen nötig sein werden, kann die Projektleiterin zurzeit nicht sagen. Sie will erst den Abschluss der detaillierten Untersuchung abwar-

ten. Diese erwartet sie für Frühlingsmonat.

Weniger weit sind die Untersuchungen in der Seeanlage Farb. Hier stand bis 1970 ein Färbereibetrieb. Auch diese Fabrikgebäude sind eingeebnet worden und das Gelände wurde mit dem Abbruchmaterial neu gestaltet. Erste Untersuchungen haben sowohl im Boden als auch im Untergrund, im Grundwasser und am See-Grund Belastungen ergeben, die teilweise auf den Färbereibetrieb zurückzuführen seien.

«Der Fall Farb ist komplexer als die Gerbi, der Betrieb war deutlich grösser und hat während 140 Jahren produziert, es gab diverse Fabrikgebäude», sagt Bettina Flury. Noch sei nicht das ganze Gelände untersucht. Doch zweierlei sei klar: Die gefundenen Belastungen im Boden lägen auch

hier unter den massgebenden Grenzwerten. Weder für die Liegewiese noch im See seien Sanierungsmassnahmen nötig. «In einem Jahr wissen wir, ob allenfalls der Untergrund saniert werden muss», sagt Bettina Flury, «aber sowohl das Baden im See als auch das Spielen und Entspannen an Land sind in der Seeanlage Farb ebenfalls bedenkenlos möglich.»

Der Gemeinde entstehen bis jetzt keine Kosten

Erfreut über diese vorläufigen Resultate ist Richard Gautschi (parteilos), Gemeinderat und Bereichsverantwortlicher Planung und Bauwesen: «Wir wollten schon länger vom Kanton wissen, wie das nun in der Gerbi und in der Farb ist, wenn Kinder im Sand vielleicht etwas tiefer graben und

allenfalls auch Sand in den Mund nehmen. Nun sind wir froh, dass bestätigt wurde, dass keine Gesundheitsgefährdung vorliegt und wir nichts schliessen müssen.»

Gautschi ist sich bewusst, dass im Verlauf der weiteren Untersuchungen noch unliebsame Überraschungen zutage treten könnten. Im Fall des ehemaligen Gaswerks war die Belastung so gross, dass Sanierungspflicht bestand respektive besteht. Vor dem Seebad Bürger 1 musste der See in monatelanger Taucharbeit gereinigt werden, an der Seestrasse sind die entsprechenden Sanierungsarbeiten noch im Gang. «Aber nach jetzigem Kenntnisstand besteht für die Gemeinde Thalwil kein weiterer Handlungsbedarf», sagt Gautschi. Der Gemeinde entstehen also auch keine Kosten. Sibylle Saxer